



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

### **Sonderprogramm „Entfristung Lehrkräfte“ dringend anpassen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das aktuelle Sonderprogramm zur Verbeamtung bzw. Entfristung für langjährig befristet beschäftigte Lehrerinnen und Lehrer derart anzupassen, dass die Besetzung der 808 Stellen, die im Doppelhaushalt 2019/2020 verankert sind, von derzeit über 7.000 befristet Beschäftigten auch besetzt werden können. Dabei dürfen auch Bewerberinnen und Bewerber, die im genannten Beschäftigungszeitraum in Elternzeit waren, oder an Schulen in freier Trägerschaft oder in anderen Bundesländern/Ländern gearbeitet haben, nicht benachteiligt werden. Die Kriterien sowie das Verfahren müssen veröffentlicht werden, um aktuellen Unklarheiten und Problem zu entgegnen.

### **Begründung:**

Unsere Lehrkräfte brauchen eine langfristige Perspektive – egal ob unbefristetes Angestelltenverhältnis oder Verbeamtung. Befristungen sind weiterhin ein großes Problem im Schulwesen und das obwohl gleichzeitig Lehrermangel herrscht. Deshalb haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag das Sonderprogramm für die Verbeamtung/Entfristung von langjährig befristet beschäftigten Lehrkräften begrüßt. Leider wurde aber die Messlatte für die Einstellung offensichtlich viel zu hoch angesetzt – dies geht aus zahlreichen Rückmeldungen hervor. Nun zeichnet sich ab, dass das Staatsministerium für Bildung und Kultus von den starren Regelungen Abstand nimmt. Die genauen Modalitäten für eine Bewerbung sind allerdings immer noch unklar.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag setzt sich dafür ein, dass schnellstmöglich die zahlreichen offenen Fragen und Probleme geklärt werden. Die dringend nötige Anpassung des Programms muss das Ziel haben, den Bewerberkreis auszudehnen. Die für das Jahr 2019 vorgesehenen 519 Planstellen müssen umgesetzt werden. Ebenso die weiteren 289 Planstellen im Jahr 2020.